

Sachstandsbericht

- öffentlich -

Drucksache: SB-32/2018 1. Ergänzung

Fachbereich: Städtische Gremien / Organisation

Beratungsfolge	Termin
Stadtverordnetenversammlung	20.04.2018

Resolution Kita-Gebühren auf Anregung des Vorstands der Kreisgruppe des Hessischen Städte- und Gemeindebundes

a) Erläuterung:

Die Resolution Kita-Gebühren wurde in der Stadtverordnetensitzung am 15. Februar 2018 beraten.

Der Beschluss lautete:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die Städte und Gemeinden im Allgemeinen und die Stadt Homberg (Efze) im Besonderen den Ausbau von Betreuungsangeboten in Tageseinrichtungen für Kinder und in Kindertagespflege durch
 - a) zusätzliche Platzangebote,
 - b) Öffnung für Kinder unter drei Jahren,
 - c) längere Öffnungszeiten und
 - d) Verbesserungen der Qualität durch deutlich mehr Personalunter großen Anstrengungen bewältigt haben. Allerdings tragen die Städte und Gemeinden die finanziellen Lasten der Kinderbetreuung in weitem Umfang allein.
2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert deshalb, dass das Land Hessen unter vollständiger Weiterleitung etwaiger zweckgebundener Mittel des Bundes die nicht durch Elternbeiträge gedeckten Kosten im Umfang der Personalkosten übernimmt.
3. Die Betriebskostenzuweisungen sind unter Beachtung der Konnexitätsvorschrift der Verfassung des Landes Hessen und der bestehenden Verpflichtung zur Sicherung einer angemessenen Finanzausstattung anhand der Tarifentwicklung jährlich zu dynamisieren. Dasselbe gilt für die Zahlungen, die das Land für Elternbeiträge leistet, die die Stadt auf Grundlage von Landesrecht nicht mehr erhebt.
4. Die Schulkindbetreuung soll in Verantwortung des Landes erfolgen.
5. Der Magistrat wird aufgefordert, die Hessische Landesregierung, die im Hessischen Landtag vertretenen Fraktionen und die örtlichen Mitglieder des Hessischen Landtags von dieser Beschlussfassung zu unterrichten.

Der derzeitige Sachstand ist:

Die beschlossene Resolution wurde am 28. Februar 2018 an den Hessischen Städte- und Gemeindebund, Kreisgruppe Schwalm-Eder übersendet mit der Bitte, diese, zusammen mit den sicher vielen im Landkreis parallel verabschiedeten Resolutionen, an die Landesregierung weiterzuleiten.

Die Fraktionen im Hessischen Landtag und die örtlichen Abgeordneten Wiebke Knell (FDP) und Regine Müller (SPD) wurden ebenfalls entsprechend informiert.

Damit ist der Antrag abgearbeitet.

Anlage(n):

1. Anschreiben an den Hess. Städte- und Gemeindebund